

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Klimaschutz und Digitales vom 11. Dezember 2019 im Konferenzraum des Rathauses Kirchberg

Anwesend:

Stadtbürgermeister Werner Wöllstein

2. Beigeordneter Andreas Benke

3. Beigeordnete Katharina Monteith

Ernst- Ludwig Klein Ausschussmitglied

Dr. Klaus Huntebrinker Ausschussmitglied

Sascha Wieß Ausschussmitglied

Harald Wüllenweber stellv. Ausschussmitglied für Manfred Kahl

Hans-Dieter Assmann stellv. Ausschussmitglied für Dr. Rudolf Windolph

Marco Steinborn Ausschussmitglied

Pirmin Mandery Ausschussmitglied

Claudia Dillmann-Stipp Ausschussmitglied (ab 19:35 Uhr)

David Sindhu Ausschussmitglied

Peter Weber Ausschussmitglied

Johannes Elter Ausschussmitglied

Es fehlten entschuldigt:

1. Beigeordneter und Ausschussmitglied Manfred Kahl

Ausschussmitglied Dr. Rudolf Windolph

Ferner anwesend:

Axel Weirich

Angelika Schwaab

Beginn: 19:05 Uhr

Ende: 22:05 Uhr

Werner Wöllstein begrüßt die Anwesenden und eröffnet die erste Ausschusssitzung dieses neu gegründeten Ausschusses und stellt die ordnungsgemäße Einladung fest.

Bürgermeister Wöllstein beantragt die Änderung der Tagesordnung:

TOP 9 Taubenpopulation in Kirchberg, soll eingefügt werden somit wird, Mitteilungen und Verschiedenes, zu TOP 10.

Die Änderung wird einstimmig angenommen.

TOP 1 Arbeitsweise des Ausschusses

Ernst-Ludwig Klein bemängelt, dass kein Protokollführer durch die Verwaltung gestellt wird.

Werner Wöllstein erklärt daraufhin die Neuerungen hinsichtlich der Arbeitszeitregelungen für Verwaltungsmitglieder der Verbandsgemeinde und deren Auswirkung hinsichtlich der bisher zur Verfügung gestellten Protokollanten.

Auf Nachfrage ins Gremium erklärt sich Andreas Benke bereit die Sitzung zu protokollieren und die Niederschrift zu fertigen.

Es wird festgestellt, dass der Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Digitales derzeit lediglich beratend fungieren und Beschlussvorlagen erarbeiten kann, welche dann durch den Stadtrat genehmigt werden müssen.

Im Rahmen einer offenen Diskussion wird geklärt wie der Ausschuss zukünftig arbeiten möchte.

Dabei wird angeregt die Hauptsatzung in § 3 „Übertragung von Aufgaben des Stadtrates auf Ausschüsse“ um einen Absatz zu erweitern:

(6) Die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt-, Klimaschutz und Digitales umfasst die Beratung des Stadtrates in allen Fragen des Umweltschutzes, des Klimaschutzes und der Digitalisierung auf der kommunalen Ebene, insbesondere bei:

- der Bauleitplanung,
- der Stadtentwicklungsplanung,
- der Unterhaltung der städtischen Grünflächen und Wälder,
- und der Schaffung und Entwicklung der digitalen Angebote der Stadt.

Auch die finanzielle Ausstattung des Ausschusses wurde diskutiert. Der Ausschuss wünscht sich eine an die Regelungen des Bauausschusses angelegten finanziellen Arbeitsrahmen von bis zu 5.000,- € pro zu bewilligendem Vorhaben.

Die Umsetzbarkeit dieses Vorschlages soll durch Werner Wöllstein mit dem städtischen Kämmerer abgeklärt werden.

Wenn dieser Vorschlag umgesetzt werden kann, soll dies ebenfalls in der Hauptsatzung mit verankert werden.

Zur Fragestellung des Vorsitzes und der Häufigkeit der Sitzungen des Ausschusses hält sich Werner Wöllstein sowohl das Recht des Vorsitzenden als auch das Einladungsrecht gemäß § 46 Absatz 1 Gemeindeordnung vor.

TOP 2 Erneuerbare Energien

1. Im Rahmen der Erschließung von Neubaugebieten sollen die Möglichkeiten die Nutzung von erneuerbaren Energien besonders berücksichtigt werden z. B. durch Fernwärme, Blockheizkraftwerke etc.

2. Zur nächsten Ausschusssitzung sollen sowohl der Klimaschutzbeauftragte des Kreises als auch der neue Klimaschutzbeauftragte der Verbandsgemeinde eingeladen werden um sich gegenseitig kennenzulernen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung zu erörtern.

3. Der Ausschuss soll verschiedene Förderprogramme für Gemeinden hinsichtlich der Erschließung und Unterhaltung von erneuerbaren Energien auf ihre Umsetzung und Unterhaltung im städtischen Gebiet von Kirchberg prüfen.

4. Herr Dr. Huntebrinker stellt den Antrag auf Wechsel des städtischen Stromlieferanten zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum Anbieter „Bürgerstrom“. Diesem Anbieter gehört auch als Stromlieferant die Rhein-Hunsrück-Entsorgung - Anstalt des öffentlichen Recht - an. Somit würde der städtische Strom lokal erzeugt und durch erneuerbare Energien erzeugt werden.

Herr Wöllstein will die Möglichkeit der Umsetzung prüfen.

5. Ausschussmitglied Dr. Huntebrinker stellt den Antrag den Haushalt der Stadt zukünftig um folgende Punkte zu erweitern und mit entsprechenden Titeln auszustatten:

- Investitionen für die Erschließung erneuerbarer Energien,
- Unterhaltung städtischer Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien, und
- Einnahmen aus erneuerbaren Energien städtischer Anlagen.

6. Dr. Huntebrinker schlägt vor die Prüfung der Möglichkeit Fotovoltaik Anlagen auf städtischen Liegenschaften aufzubauen.

Ein vergleichbarer Vorschlag wurde in der Vergangenheit bereits durch Hr. Dr. Reinicke gestellt. Es wird gebeten die entsprechenden Protokolle zu prüfen und dem Ausschuss zur weiteren Beratung zukommen zu lassen.

Im Bereich der Stadthalle wurde dies wohl in der Vergangenheit aus statischen Gründen der Dachkonstruktion verworfen. Über diese Prüfung müsste ebenfalls Schriftverkehr existieren. Dieser soll ebenfalls dem Ausschuss zugänglich gemacht werden.

TOP 3 Städtischer Baumbestand

Bürgermeister Wöllstein berichtet, dass im Baumkataster der Stadt 902 Bäume eingetragen, eine Vielzahl (nicht näher dokumentierte Anzahl) an Sträuchern und weitere Grünflächen im städtischen Gebiet sind, dazu kämmen 271 Hektar Stadtwald und diverse Streuobstwiesen angelegt durch den ehemaligen Bürgermeister Dr. Dunger.

Herr Dr. Huntebrinker schlägt vor das Baumkataster um eine entsprechende „Pfle-
geanleitung“ individuell pro Baumgattung zu ergänzen. Dieser Vorschlag wird im Gre-
mium diskutiert und verworfen.

Anstelle dessen wird durch Peter Werber der Vorschlag der Einführung einer Baum-
schutzsatzung und einer Grünflächensatzung sehr positiv aufgenommen.

Das Gremium stellt den Antrag entsprechende Satzungen für die Stadt Kirchberg zu
erstellen.

Im Anschluss kam eine offene Diskussion bzgl. der Baumaßnahmen der Erweiterung
der Grundschule im Kaisergarten und dem Umgang mit dem Baumbestand durch die
Baufirma auf. Auch wurde der Zustand des Baumbestandes auf der Schied insbe-
sondere im Bereich des dortigen Spielplatzes angesprochen.

Hinsichtlich des Schutzes des Baumbestands im Kaisergarten berichteten verschie-
denen Ausschussmitglieder, dass bei der Bewilligung der Baumaßnahme durch den
damaligen Stadtrat ein gesonderter Beschluss gefasst wurde. In diesem sollte die VG
verpflichtet werden den Baumbestand besonders zu schützen und die Umsetzung
dieses Schutzes zu überwachen und die VG wurde scheinbar verpflichtet für eventu-
elle Schäden zu haften. Dies sollte notariell eingetragen werden.

Der Ausschuss bittet um die Prüfung des damaligen Beschlusses und dessen Um-
setzung.

Hinsichtlich des Baumbestands auf der Schied blieb die Diskussion ergebnisoffen.

Ebenfalls wurde in der Vergangenheit durch den Stadtrat beschlossen, dass für die
auf dem Kirchplatz gefälltten Bäume entsprechender Ersatz gepflanzt werden sollten,
dieser Beschluss ist bis heute nicht umgesetzt worden.

Der Ausschuss beantragt, dass dieser Beschluss des Stadtrats schnellst möglich um-
gesetzt wird.

Des Weiteren schlägt der Ausschuss vor, dass ein Konzept erarbeitet wird das es er-
möglicht den Baumbestand besser zu überwachen. Darin enthalten soll zum einen

der Zustand der Bäume und ggf. entsprechende Maßnahmen zum Erhalt bzw. Ersatz dokumentiert werden. Das Konzept wird durch Mitglieder des Ausschusses erarbeitet. Ebenfalls die Umsetzung des erarbeiteten Konzeptes.

TOP 4 Artenvielfalt auf städtischen Flächen

Dr. Huntebrinker beantragt die städtischen Grünflächen zu katalogisieren und geeignete Flächen zu „Honigbrachen“ zu entwickeln um die Artenvielfalt zu erhalten. Die Katalogisierung erfolgt durch Mitglieder des Ausschusses.

Ein weiteres Vorgehen diesbezüglich wurde nicht festgelegt.

Ausschussmitglied Peter Weber schlug vor auch bisher ungenutzten bzw. schlecht genutzten Raum zum Schutz der Artenvielfalt zu erschließen. Insbesondere durch die Anlage von Grünflächen auf Neubauten (Dachbegrünung). Hierzu geeignet seien besonders Flachdächer auf Gewerbe- und Industriegebäuden.

Entsprechende Vorgaben sollten bei der Erteilung von Baugenehmigungen durch die Stadt erarbeitet werden.

Durch verschiedene Ausschussmitglieder wurden Mehrkosten für die Anlage als eventuelles Hindernis bei der Vermarktung der Flächen betrachtet.

Die Diskussion blieb ergebnisoffen.

Herr Weirich gab zu bedenken, dass Steingärten in privaten Gärten aus verschiedensten Gründen sowohl der Artenvielfalt aber auch Klimaerwärmung etc. entgegenstehen. Seiner Meinung nach sollten auch diese Flächen in irgendeiner Form begrenzt werden.

Im Rahmen dieser Debatte wurde generell die Oberflächenversiegelung durch Bauten, Terrassen, Einfahrten usw. vor allem in Wohngebieten thematisiert. Es wurde nochmals klargestellt, dass hier ein Faktor von 0,4 der Grundfläche eines Grundstücks versiegelt werden darf. Eine Überwachung findet diesbezüglich nicht statt. Auf eine entsprechenden Regelung konnte sich der Ausschuss nicht festlegen.

TOP 5 Webcam und Hotspot auf dem Marktplatz

Installation einer Webcam

Die Fragestellung, wofür eine Webcam installiert werden sollte, wurde durch die Ausschussmitglieder diskutiert. Dabei kamen weitere Fragen auf, zum einen nach dem rechtlichen Rahmen, des Standorts, des Kostenfaktors und der Übertragungskonzepte.

Hinsichtlich des letzten Punkts wurde erklärt, dass es vom Grundsatz her zwei unterschiedlichen Ansätze gibt, erstens ein sich regelmäßig aktualisierendes Standbild oder alternativ eine Liveübertragung in Videoform (Webcam Simmern u. Kastellaun. Hier kann man sich beide Varianten anschauen).

Noch während der Diskussion wurde aus einem Positionspapier des Datenschutzbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz zitiert „Die Qualität der Bilder muss so schlecht sein, dass sich Personen anhand der Bilder nicht identifizieren lassen.“

Diese offenen Fragen sollten durch einen IT-Dienstleister vorab geklärt werden.

Installation eines Hotspots

Bereits im Vorfeld hat die Verbandsgemeindeverwaltung Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes geäußert, dass bei der Einbindung eines Hotspots an die Verwaltung ein Eindringen in die Serverarchitektur leichter möglich wäre.

Marco Steinborn und Johannes Elter erklärten sich bereit, ein Konzept für die Umsetzung zu erarbeiten und die damit verbundenen Kosten zu ermitteln.

In der beigefügten **Anlage 1**, ist Schriftverkehr zum Konzept, das Konzept (siehe Link) und die Kostenermittlung bereits beigefügt. Zudem machen Herr Elter und Herr Steinborn auf Fördergelder darin aufmerksam.

TOP 6 Sauberkeit im öffentlichen Raum

Bürgermeister Wöllstein schilderte nochmals die andauernde und immer wiederkehrende Verschmutzung im Bereich der Altglascontainer in der Bahnhofstraße. Er berichtet weiter, dass die Mitarbeiter der Stadt regelmäßig jegliche Arten von Müll dort entfernen und binnen kürzester Zeit neuer Müll dort zu Unrecht abgelagert wird.

Hr. Wöllstein zeigt den Anwesenden den Entwurf eines Schildes, welches die illegale Müllentsorgung unter Busse stellt (**siehe Anlage 2**). Dieses soll in Kürze im Bereich angebracht werden. Die Entwicklung wird weiterhin beobachtet und ggf. weitere Schritte eingeleitet.

Grundsätzlich wird durch die Ausschussmitglieder die illegale Müllentsorgung im städtischen Bereich als großes Problem erachtet. Dieses beginne bei der Entsorgung von Grünabfällen im Stadtwald und hätte keinerlei Grenzen bei der Entsorgung. Leider wird ebenfalls festgestellt, dass das Ordnungsamt weder personell noch in anderer Form in der Lage ist die gesetzlichen Regelungen zur illegalen Abfallentsorgung zu überwachen bzw. kann diese nur in den seltensten Fällen ahnden.

Weiterhin wird festgestellt, dass die Reinigung des Marktplatzes, (in den Fugen des Altstadt-pflasters) fast nicht möglich ist. Verschiedene Touristen haben sich bei ansässigen Geschäftsleuten beschwert, das Beispielsweise durch eingefahrene Glascherben Fahrräder Schaden nehmen würden.

Bürgermeister Wöllstein hofft das sich die Situation zumindest nicht weiter verschlechtert, weil ein Event welches maßgeblich zur Verschmutzung des Marktplatzes beiträgt, der Straßenkarneval, zukünftig in der Stadthalle seinen Höhepunkt findet.

Weiterhin soll geprüft werden, welche Sanktionen gegen festgestellte „Umweltsünder“ verhängt werden können und diese sollen auch öffentlich gemacht werden. Auch die Anbringung von Kameras in besonders gefährdeten Bereichen soll nochmal rechtlich geprüft werden.

Durch Zeitungsartikel, offene Ansprachen etc. soll gezielt das Rechts- bzw. Unrechtsbewusstsein geschärft werden.

TOP 7 Kooperation mit den Klimaschutzbeauftragten der Kreisverwaltung und der Verbandsgemeine

Wie bereits unter TOP 2 Punkt 2 dargestellt sollen diese zur nächsten Ausschusssitzung eingeladen werden und dann die gemeinsame Zusammenarbeit erörtert werden.

TOP 8 Kooperation Kitas, Grundschule und Kooperative Gesamtschule

Derzeit besteht diesbezüglich noch kein Konzept, daher möchte sich der Ausschuss in den Einrichtungen vorstellen und auf die Möglichkeit einer Zusammenarbeit hinweisen. Es wurde nicht besprochen durch wen und in welcher Form diese Aufgabe übernommen wird.

TOP 9 Taubenpopulation in Kirchberg

Bürgermeister Wöllstein schildert in kurz die bestehende Problematik im Bereich der Stadt, insbesondere die Probleme die durch den Taubencode und die Wildnester etc. entstehen.

Als Lösungsansätze stellt er weiterhin verschiedene Modelle vor.

1. „Augsburger Modell“, dieses Modell basiert auf einer Verminderung der unkontrollierten Vermehrung. Dafür wird in einem Park oder in einer anderen Grünfläche ein Taubenschlag aufgebaut. Die Tauben siedeln sich hier an und legen ihre Eier „gesammelt“ an einem Ort ab. Diese werden dann durch Gips-Eier ersetzt und die Tauben vermehren sich dadurch nicht so rapide.
2. „Falkner“ verschiedene Städte und Flughäfen setzen gezielt Falkner ein um die Tauben aus einem bestimmten Gebiet zu vertreiben.
3. „elektronische Störsender“ wurden wohl mehrfach getestet lediglich mit einem mäßigen Erfolg. In einem kleinen Gebiet z.B. an einem Haus mag dies funktionieren aber es ist keine Lösung im städtischen Bereich.

Jedes Ausschussmitglied wird gebeten sich Gedanken zur Thematik zu machen und mögliche Lösungsansätze vorzuschlagen.

TOP 10 Mitteilungen und Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende Wöllstein hat keine Mitteilungen vorliegen.

Herr Dr. Huntebrinker war von der Tatsache überrascht, dass er für dieses Ehrenamt in Form eines Sitzungsgeldes entlohnt wird. Daher unterbreitet er den Anwesenden den Vorschlag auf das Sitzungsgeld zu verzichten und dieses dafür einem guten Zweck zu spenden.

Daraufhin wird durch Bürgermeister Wöllstein erklärt, dass das Sitzungsgeld lediglich eine kleine Aufwandsentschädigung für eine Vielzahl an geleisteten Stunden auch während der Freizeit sei und dieses nicht generell gespendet werden sollte.

Er stellt aber jedem Ausschussmitglied frei sein Sitzungsgeld nach eigenem Ermessen zu spenden.

Um 22:05 Uhr schließt Werner Wöllstein die Sitzung und bedankt sich für die konstruktive Arbeit.

Kirchberg, den 20.12.2019

Werner Wöllstein

Ausschussvorsitzender &

Bürgermeister

Andreas Benke

für die Niederschrift